

Antrag

der Abg. Alfred Dagenbach u. a. REP

und

Stellungnahme

des Finanzministeriums

Betrügereien bei der Ein- und Ausfuhr von Agrarprodukten

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen

I. zu berichten,

1. ob sie nichts von einer Fachtagung von Zoll-Fachleuten Ende Oktober 1998 in Nürnberg weiß, bei der lt. einer dpa-Meldung Zoll-Fachleute mit Vertretern der EU-Kommission und von Ministerien und Verbänden diskutiert haben sollen, und wenn ja, weshalb die Landesregierung darüber von einer solchen Fachtagung nicht unterrichtet ist bzw. weshalb sie von sich aus kein Interesse hat, solche Kenntnisse im Interesse des Landes Baden-Württemberg in Erfahrung zu bringen;
2. ob sie nichts davon erfahren hat, dass auf derselben Fachtagung lt. dem betr. dpa-Bericht bekanntgeworden ist, dass bei der Ein- und Ausfuhr von Agrarprodukten die EU jährlich um Milliarden geprellt wird, dabei allein 1997 EU-weit annähernd 5.000 Betrugsfälle mit einer Schadenssumme von knapp 1,2 Milliarden DM aufgedeckt wurden, und wenn ja, ob sie über solche Vorgänge auch in anderer Weise keine Kenntnisse erhalten hat bzw. weshalb sie von sich aus kein Interesse hat, solche Kenntnisse im Interesse des Landes Baden-Württemberg in Erfahrung zu bringen;

II. wenn sie doch derartige Kenntnisse hat:

1. weshalb sie dann die Drucksache 12/3387 damit beantwortet, dass ihr solche nicht vorliegen;

2. welche Kenntnisse sie nun von Betrügereien bei der Ein- und Ausfuhr von Agrarprodukten in die EU und innerhalb der EU hat;
3. in welcher Weise die Staaten der EU als, ggf. fiktives, Einfuhr- oder Ausfuhrland davon jeweils betroffen sind;
4. in welcher Weise, Art und Größenordnungen Baden-Württemberg in den letzten 5 Jahren davon jeweils betroffen war;
5. welche in diesem Bereich international operierenden kriminellen Vereinigungen in den letzten 5 Jahren ermittelt werden konnten und zu welchen Konsequenzen für die Täter diese geführt haben;
6. welchen Nationalitäten diese kriminellen Vereinigungen zuzuordnen sind;
7. welche wirksamen Maßnahmen sie, ggf. über den Bundesrat, zur künftigen Unterbindung dieser kriminellen Betrügereien nun im Interesse des Landes Baden-Württemberg ergreifen wird bzw. weshalb sie dies unterlassen will.

02. 12. 98

Dagenbach, Eigenthaler, Hauser,
Huchler, Schonath REP

Begründung

Auf eine Anfrage (Drucksache 12/3387) vermittelt das Finanzministerium in Abstimmung mit dem Wirtschaftsministerium, dem Innenministerium, dem Justizministerium und dem Ministerium Ländlicher Raum in seiner Antwort den Eindruck völliger Unkenntnis über kriminelle Vorgänge, die in seinen Auswirkungen auch die Finanz- und insbesondere die Agrarpolitik des Landes tangieren.

Stellungnahme

Mit Schreiben vom 28. Dezember 1998 Nr. 3-Z 0403/4 nimmt das Finanzministerium zu dem Antrag wie folgt Stellung:

Vorbemerkung:

Nach Artikel 108 Abs. 1 des Grundgesetzes werden Zölle und Abgaben im Rahmen der Europäischen Gemeinschaften durch die Bundesfinanzbehörden verwaltet. Die Zollverwaltung der Bundesrepublik Deutschland ist demnach Teil der Bundesfinanzverwaltung und unterliegt als solche nicht der Fachaufsicht des Finanzministeriums des Landes Baden-Württemberg.

Nach Artikel 106 Grundgesetz steht dem Bund die alleinige Ertragshoheit für den Bereich der Zölle und Abgaben im Rahmen der Europäischen Gemeinschaften zu.

Zu I.:

Die Landesregierung wird von der Bundeszollverwaltung über deren Fachtagungen nicht informiert. Sie hatte deshalb bisher von der im Antrag angesprochenen Zollfachtagung in Nürnberg keine Kenntnis.

Das Finanzministerium wird in Abstimmung mit dem Ministerium Ländlicher Raum versuchen, über das Bundesfinanzministerium (ggf. über das Bundeslandwirtschaftsministerium) an nähere Informationen über die o.a. Zollfachtagung zu gelangen und Antworten auf die Fragen unter Ziff. II 3. bis II 6. des Antrags zu bekommen. Das Ministerium Ländlicher Raum wird die Mitglieder des Ausschusses für Ländlichen Raum und Landwirtschaft zu gegebener Zeit über das Ergebnis dieser Bemühungen unterrichten.

Zu II.:

Die Kleine Anfrage Drs. 12/3387 wurde vom Finanzministerium wahrheitsgemäß beantwortet.

Die Kleine Anfrage enthielt – im Gegensatz zum vorliegenden Antrag – keinerlei Hinweise darauf, dass Betrugsfälle bei der Ein- und Ausfuhr von Agrarprodukten im Oktober d. J. Gegenstand einer Zollfachtagung waren. Vom Finanzministerium konnte deshalb bei der Beantwortung der Kleinen Anfrage hierzu auch nicht Stellung genommen werden.

Bezüglich der Beantwortung der Fragen unter Ziff. II 3. bis II 6. wird auf die Ausführungen zu Ziff. I verwiesen.

Die Stellungnahme ist mit dem Ministerium Ländlicher Raum abgestimmt.

Stratthaus
Finanzminister